

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1909

167 (27.7.1909) 1. Blatt

Badischer Beobachter.

Hauptorgan der badischen Zentrumspartei.

<p>Er scheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: In Karlsruhe durch Träger gestellt, monatlich 90 Pfg., vierteljährlich 2.70. In der Geschäftsstelle oder den Abolagen abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt Nr. 3.25, durch den Briefträger ins Haus gebracht, Nr. 3.67 vierteljährlich. Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.</p>	<p>Fernsprecher Nr. 535.</p>	<p>Beilagen: Einmal wöchentlich: das illustrierte achtseitige Unterhaltungsblatt „Sterne und Klauen“. Zweimal wöchentlich: das vierseitige Unterhaltungsblatt „Blätter für den Familienkreis“.</p>	<p>Fernsprecher Nr. 535.</p>	<p>Anzeigen: Die sechsspaltige Zeitzeile oder deren Raum 25 Pfg., Resten 60 Pfg. Lokalanzeigen billiger. Bei öfterer Wiederholung entsprechender Rabatt. Anzeigen nehmen außer der Geschäftsstelle alle Anzeigen-Vermittlungsstellen an. Redaktion und Geschäftsstelle: Adlerstraße Nr. 42 in Karlsruhe (Baden). Sprechstunden der Redaktion: von halb 12 bis 1 Uhr mittags.</p>
<p>Verantwortlicher Redakteur für deutsche und badische Politik, sowie Feuilleton: Dr. Theodor Weber; für Ausland, Nachrichten und den allgemeinen Teil: Fransz Bahl; für die Unterhaltungsbeilagen, den Handel und Verkehr: Heinrich Vogel; familiäre in Karlsruhe.</p>		<p>Verantwortlich für Anzeigen und Resten: Gerhard Wagner in Karlsruhe.</p>		

* Die nationalliberale Henschel.

Wir lesen soeben wieder einmal in der „Bad. Volksz.“ einen Artikel eines kleinen unbedeutenden liberalen Zentrumsblättchens, das uns nur deshalb bekannt geworden ist, weil es in der Frage der Reichsfinanzreform eine Haltung einnimmt, als ob es gelte, den Liberalismus durch die und durch die Parteien zu verteidigen. Das kleine Zentrumsblatt, das in Hord in Württemberg erscheint, schreibt neuerdings folgende Sätze:

„Se näher nun die Frage des Inkrafttretens der neuen indirekten Steuern heranrückt, umso stärker macht sich der Wunsch in unseren Wählerkreisen geltend. Was alles wir Zentrumspartei in diesen Tagen von angesehenen Parteigängern, die sich selbst ihre Meinung zu bilden vermögen, zu hören bekommen, gibt zu großen Sorgen Anlaß, denen man sich schon in Fraktionsstreffen auch nicht verschließen kann. Es herrscht eine große Parteiverwirrung, die auch aus idealen Gesichtspunkten der Partei nicht gerade den Muten lehren, so sind sie über die Art und Weise der neuen Belastung doch stark erregt. Wohl müssen wir, daß der augenblickliche Stillstand im Reichsfinanzreform, die in 2 bis 3 Jahren unabänderlich kommen muß, nicht wieder derselbe Stillstand beginnt. Doch bis dahin sprechen ja die Wähler ein Wort mit. Und daß die Stimme, aber eintönige Sprache mit dem Stimmgeläute auch einmal anders lauten kann, mögen die Herren bedenken, die glauben, nach rechts mehr Verpflichtungen zu haben als nach unten nach Steuerzahlern und Konsumierenden. So und ähnlich lauten die Äußerungen, die uns dieser Tage zu Gehör kommen. Und deshalb können wir uns, trotz wohlgeleiteter Belehrungen, immer noch nicht zu der Auffassung begeben, daß die Lösung der Reichsfinanzreform kein Verzicht auf den Sieg gewesen ist. Wie hat der König von Spanien angesichts seiner zahlreichen Verluste in Kriegeszeiten gegen die Könige zuguterletzt ausgerufen? „Roch ein solcher Sieg und wir sind verloren!“

„Etwas Ähnliches kann ein Zentrumspartei, der es wirklich ist, nicht schreiben. Es ist gar keine Frage, daß alle jene Zentrumspartei, welche über die Reichsfinanzreform nicht aufgeklärt sind und die Gesichtspunkte, nach denen dieser notwendige nationale Werk zu beurteilen ist, nicht oder nur aus der Presse unserer Gegner kennen, unsicher geworden sind. Es ist auch gar keine Frage, daß Zentrumspartei, welche solche Jammerartikel schreiben, wie der in der „Schwarzwälder Volkszeitung“, das Gegenteil von Aufklärung verbreiten und die Leute noch mehr verwirren. Es ist aber auch weiter gar keine Frage, daß diese Verwirrung und Unsicherheit liberal bald aufhört, wo man mit aller Energie an die Aufklärungsarbeit geht. Freilich zu diesem Zweck muß man die Frage selber studieren und sich einarbeiten, und das ist schwerer, als Jammerartikel schreiben.“

Freilich die nationalliberale Presse gerade von Parteiverwirrung im Zentrum wegen der indirekten Steuern schreiben mag, ist in einer Zeit nicht zu verstehen, wo bereits drei nationalliberale Abgeordnete aus der nationalliberalen Fraktion ausgetreten sind, weil sie mit der Haltung der nationalliberalen Fraktion in der Steuerfrage nicht einverstanden waren, wo nationalliberale Abgeordnete, wie Herr v. Dell, öffentlich erklären, daß die nationalliberale Fraktion mit allen und noch mehr indirekten Steuern einverstanden war, als die neue Mehrheit bewilligt hat, wo der Abgeordnete Hoffmann erklärt hat, daß die Nationalabgeordneten 400 Millionen indirekte Steuern u. a. auf Tabak, Branntwein und Bier zu bewilligen wollten, wo der Nationalabgeordnete in Gefahr kommt, ein Mandat zu verlieren, das er seit 1871 befehlen hat, nachdem er über 3000 Stimmen verlor. Unter solchen Umständen gehört doch ein guter politischer Magen dazu, Sprüche zu machen, wie sie in der „Bad. Volksz.“ zu lesen sind. Wenn dazu noch direkte Unwahrscheinlichkeiten und unwahre Stimmungsberichte kommen, dann merkt man allerdings die Absicht. Und unwahre Stimmungsberichte ist es, wenn in einem weiteren Artikel der „Bad. Volksz.“ wieder einmal der falsche Anschein erweckt wird, als hätte die Erbschaftsteuer vor den indirekten Steuern herab. Das ist total unwahr. Im Gegenteil! Wäre die liberale Absicht mit der Erbschaftsteuer durchgegangen, dann hätte das Reich erst 55 Millionen Reichsmark weniger auf dem Papier gehabt und hätte noch 45 dazu bewilligen müssen und alle übrigen 400 Millionen wären auf Tabak, Branntwein, Bier, Kaffee, Tee u. c. gelegt worden. Die Erbschaftsteuer ist und war nicht gedacht als Ersatz für indirekte Steuern auf den Verbrauch, sondern als Steuer, um den flüssigen Besitz und speziell die Börse und die Geldrente zu schonen, die meist liberal sind. Der genannte, weit verbreitete Irrtum kann nicht energig genug betämpft werden, zumal die liberale Presse stets wieder im Trüben zu fischen sucht. Die neue Mehrheit hat nicht 400, sondern 310 Millionen indirekte Steuern bewilligt und hat die bisher schon bestehende Fahrkarten- und Zuerstener in bisheriger Höhe bestehen lassen, so daß statt 500 Millionen die 25 Millionen Materialbeiträge noch abgerechnet nur 420 Millionen neue Steuern überhaupt bewilligt wurden. Das sind Tatsachen, die besser wirken als das Gemurmel in dem Horders Zentrumsblatt, das in weiteren Zentrumsstreffen nur durch seine einseitigen Klagenreden bekannt geworden ist.

* Die Sozialdemokratie und die indirekten Steuern.

Für die Sozialdemokratie gibt es bekanntlich keine Probleme, deren Lösung irgend welche Schwierigkeiten böte. Sie weiß alles und kann alles — wenn man ihre Redner hört und ihre Presse liest. Auch die für andere so schwierige Steuerfrage ist für die Sozialdemokratie furchtbar einfach. Die Lösung aller Steuerfragen heißt bei der Sozialdemokratie: Einführung einer progressiven Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftsteuer! Abschaffung jeder indirekten Steuer!

Mit diesem Sped fängt sie ihre Mäuse, indem sie den Massen vorschwärt, wie sie allein ein gerechtes Steuerwesen durchzuführen bereit sei, das nur die belaste, welche Vermögen und große Einkommen haben und um so mehr belaste, je größer Vermögen und Einkommen sei. Dabei werden nun verschiedene Dinge vergessen. Einmal haben wir in den Bundesstaaten in Deutschland bereits eine Einkommenssteuer und Vermögenssteuer mit Progression; es ist also bei uns fast überall dafür gesorgt, daß die Besitzenden im Verhältnis zu ihrem Besitz belastet werden. Neudni man die direkten und die Erbschaftsteuern, die in Deutschland, im Reich, Bundesstaaten, Gemeinden und Kirchen erhoben werden, zusammen, so ergibt sich ein Betrag von 1605 Millionen oder 22,5 Proz. des Gesamtsteuerbedarfs. Auf indirekte Steuern d. h. Verbrauchs-, Verkehrs- und Aufwandssteuern fallen 1455 Millionen oder 47,5 Prozent des Gesamtsteuerbedarfs. Es werden also 150 Millionen weniger indirekte als direkte Steuern erhoben. Und zwar sind indirekte und direkte Steuern veranlagt, daß die indirekten Steuern im Reich vorwiegen, die direkten in den einzelnen Bundesstaaten und in den Gemeinden. Verbrauchsabgaben und Aufwandssteuern bringen von dem Bedarf der Bundesstaaten nur etwa 10, der größeren Gemeinden und 8, der verbleibenden kleineren Gemeinden nur 2,1 Prozent auf. Dazu kommen noch etwa 11 Prozent Verbrauchssteuern für Reich und Bundesstaaten, 6 Prozent für die größeren und 1/2 Prozent für die kleineren Gemeinden. Der ganze übrige Bedarf in Bundesstaaten und Gemeinden liegt auf den direkten Steuern. Man sieht daraus, daß es eine recht unvorteilhafte ist, wenn immer und immer wieder gesagt wird, der Besitz werde geschont und nur dem armen Teufel würde die ganze Lebenshaltung durch indirekte Steuern verwehrt. Manche Leute vergessen über dem Bedarf des Reichs ganz und gar den Bedarf der Einzelstaaten und der Gemeinden, der zum allergrößten Teil durch Einkommen, Vermögens-, Erbschaftsteuer, d. h. durch direkte Steuern aufgebracht wird. Natürlich kann und wird in dieser Richtung noch manches getan bzw. verbessert werden.

Die Sozialdemokratie vergißt aber auch, daß es ihr selbst, da wo sie die Macht oder doch mehr Macht hat als bei uns, nicht gelingt, ihr Steuerprogramm durchzuführen. In Frankreich ist die Sozialdemokratie brühen in Frankreich sehr einflussreich. Weit einflussreicher als das Zentrum in Deutschland. Und wie sieht es dort mit den Steuern? Zunächst ist zu sagen, daß in Frankreich eine Einkommensteuer so gut wie vollständig fehlt. Ferner ist in Frankreich das Verhältnis der indirekten Steuern, welche den Verbrauch und Aufwands belasten, zu den direkten, welche mehr den Besitz treffen, weit ungünstiger als bei uns. Die Gesamtsteuern brachten in Frankreich 1908 3249 Millionen ein. Davon sind direkte Steuern 928 Millionen (in Deutschland 1605) und indirekte 2321 (in Deutschland 1455) Millionen!

Die Sozialdemokratie hat bis jetzt noch nicht vermocht, daran etwas zu ändern, trotzdem unter den indirekten Steuern so unsoziale Steuern sind wie die Lux- und Fenstersteuer, die 1908 67 Millionen einbrachte, Steuern und Kergensteuer (das Licht des armen Mannes) und Tiers- und Pfanzsteuer (versteuertes Salat!). Wer das bedenkt, der urteilt schon etwas anders über das Steuergehör der Sozialdemokraten in Deutschland. Man kann den Herren Genossen in Deutschland ruhig entgegenhalten, sie sollen doch zuerst einmal in ihrem Land, nämlich in Frankreich, wo sie den Ausschlag geben und mitregieren (3. Bl. haben sie drei Minister!), dafür sorgen, daß gerechtere Steuern eingeführt werden und daß nicht über 1/3 des Steuerbedarfs auf den Verbrauch gelegt werde.

Die sozialdemokratischen Gelehrten wissen übrigens selbst sehr gut, daß es ohne indirekte Steuern gar nicht geht und sprechen dies von Zeit zu Zeit auch einmal aus. Man muß diese Herrschaften deshalb daran erinnern, weil sie selbst so tun, als hielten sie es für möglich den ganzen Steuerbedarf auf die direkte Steuer zu legen. Unsere Wirtschaftler alle sagen, daß ein Gemisch von direkten und indirekten Steuern das Beste sei. Aber auch der Sozialdemokrat Schippel beruft sich im Oktoberheft der „Sozialen Monatshefte“ auf folgende Ausführungen Engels, aus dessen Schrift zur Wohnungsfrage er folgende Stelle zitiert:

„Steuern! Dinge, die die Bourgeoisie sehr, die Arbeiter aber nur sehr wenig interessieren! Was der Arbeiter an Steuern zahlt, geht auf die Dauer in die Produktionskosten der Arbeitskraft ein, muß also vom Kapitalisten mitbezahlt werden. Alle diese Punkte, die uns hier als hochwichtige Fragen für die Arbeiterklasse vorgehalten werden, haben in Wirklichkeit wesentliches Interesse nur für den Bourgeois und

* Die Sozialdemokratie und die indirekten Steuern.

noch mehr für den Kleinbürger, und wir behaupten, trotz Freudhohn, daß die Arbeiterklasse keinen Beruf hat, die Interessen dieser Klassen wahrzunehmen.“

Dies heißt mit anderen Worten: die Steuern, die der Arbeiter zahlt, muß am Ende immer wieder der Arbeitgeber zahlen, weil er höhere Löhne zahlen muß. Das sagt eine sozialdemokratische Größe.

Aber auch der Parteiprofessor Karl Kautsky führt in seinem Buch „am Tag nach der sozialen Revolution“ aus: „Es ist ja heute schon unsere Forderung, daß wir durch eine solche (progressive Einkommens-, Vermögens- und Erbschafts-) Steuer alle anderen, besonders die indirekten Steuern erlösen. Wenn wir aber zu ihrer Durchführung heute die Kraft erhielten, etwa durch Unterfütterung anderer Parteien, was freilich ausgeschlossen ist, so würde sich auf große Schwierigkeiten stoßen. Es ist eine bekannte Tatsache, daß je höher die Steuer, desto größer die Versuchungen zu Steuerbefreiungen. Aber selbst wenn es gelänge, jede Verbergung von Einkommen und Vermögen unmöglich zu machen, selbst dann wäre man nicht in der Lage, die Einkommens- und Vermögenssteuern beliebig hoch zu schrauben, weil die Kapitalisten, wenn die Steuer ihr Einkommen oder Vermögen zu sehr beschneidet, einfach aus dem Staate fortziehen würden und dieser das Nachsehen hätte. Der Staat hätte dann die Einkommens- und Vermögenssteuer, aber ohne Einkommen und Vermögen. Über ein gewisses Maß kann man also bei diesen Steuern heute nicht hinaus, selbst wenn man die politische Macht dazu hätte.“

Wehr wollen wir gar nicht, als Kautsky hier sagt. Man muß ein gewisses Maß halten, bezüglich der Besteuerung von Einkommen und Vermögen, weil sonst die Leute, die Geld haben durchbrennen ins Ausland, wo sie besser wegkommen und dann kühlen die Arbeiter und alle Schwachen das doppelte Nachsehen; denn ohne Kapital kein Geschäft und ohne Geschäft keine Arbeit und ohne Arbeit kein Lohn, ohne Lohn nichts zu essen! Dann müßte der arme Steuern zahlen, von dem was er nicht hat und der Grundbesitz, der nicht geben kann, wie der Kapitalist, müßte zugrunde gehen unter der Last der Steuern, die er zu zahlen hätte. Und der Schluß wäre der allgemeine Bankrott, allgemeines Elend und allgemeiner Hunger!

Noch ein Genosse soll uns fenge sein in der Frage der indirekten Steuern. Es ist der bayerische Sozialdemokrat Segler, der in einer öffentlichen Versammlung im September 1899, laut Bericht im „Arbeiter“ Nr. 38, ausführte:

„Die Beseitigung der indirekten Steuern ist da, wo sie bereits eingeführt sind, schwierig. Wollte man die indirekten Steuern aufheben, ohne über Einrichtungen zu verfügen, womit die Preis der Lebensmittel reguliert werden können, so würde diese Lebensmittel reguliert werden können, so würde diese einen Preis geben für Arbeiter u. a. unter Umständen als Äquivalent für Aufhebung der indirekten Steuern müßten kommunale Brauereien, Mädereien und ähnliche Betriebe errichtet werden, Gewerbe, die naturgemäß nur im größten Maßstabe betrieben werden könnten, wobei es fraglich erscheint, ob die Gemeinde mit den bereits bestehenden Aktiengesellschaften oder Großkapitalisten erfolgreich konkurrieren könnte. Am ersten wäre dies möglich beim Schlächtereigewerbe, weil die Gemeinde über Schlächtereier Verkauft hätte und alle erforderlichen Betriebsrichtungen verfüge.“

Also auch hier sagt ein Genosse, daß eine Aufhebung der indirekten Steuern auf Verbrauchartikel wie Bier u. c. vernünftigerweise sehr zu überlegen wäre, da diese unter Umständen nur den Produzenten zu gut käme.

Wird man nun aber sozialdemokratische Blätter und hört man sozialdemokratische Redner, dann wissen die von all dem nichts! Darum ist es an der Zeit, daß wir es sagen.

Deutschland.

Berlin, 27. Juli 1909.

Das neue Tabaksteuergesetz.

Die „Pfälzer Zeitung“ schreibt: „Zwischen zweiter und dritter Lesung im Plenum des Reichstages wendet sich der 1. Vorstand der Pfälzer Tabakveräußerer-Gesellschaft, Herr Görlander aus Waldsee, im Interesse der Schneidmüt bewandenen Tabakorte an Herrn Dr. Zäger aus Speyer, um diesen zu veranlassen, dafür einzutreten, mit Rücksicht auf die Lücke, die sich bei Veratung bzw. Beschlußfassung des Tabaksteuergesetzes ergab, daß

1. der inländische Tabak, der in der Zigarettenfabrikation Verwendung findet, auch seinen höheren Steuerfuß wie bisher 45 Pf. ertragen kann, weil auch andererseits die ausländischen Tabake, die in der Zigarettenfabrikation verwendet werden, nicht mit 40 Prozent Wertzuschlag belastet werden;
2. die Feinschnitttabake im Kleinverkaufspreise von bisher 3 Pf. per Kilo künftig bis 4 Pf. per Kilo von der Landortsteuer befreit bleiben sollen. Wenn auch das Letztere nicht nach Wunsch in dritter Lesung Annahme gefunden hat, so würde trotzdem etwas erzielt, indem die Grenze von 3 Pf. auf 3,50 Pf. erhöht wurde. Es ist dies besonders dem Reichstagsabgeordneten Zäger zu verdanken, der auf dringendes Ersuchen des Herrn Görlander aus Waldsee mit aller Energie für diese Änderung eingetreten

Hf. Es gebührt ihm deshalb der Dank aller in Betracht kommenden Orte, deren Produkt in der Maudtabak- und Zigarettenfabrikation Verwendung findet. Wenn auch das beschlossene Tabaksteuergesetz im ganzen nicht den Wünschen der gesamten Industrie entsprechen dürfte, so ist es immerhin seitens des genannten Herrn Abgeordneten anzuerkennen, daß er in letzter Stunde dafür eingetreten ist, bereits beschlossene Fäden aus dem Gesammtgange zu entfernen.

Die konservative Politik und die Wähler. Von Dresden heißt es: Die sächsischen Konservativen haben heute in einer Generalversammlung die Haltung der konservativen Reichstagsfraktion bei der Reichsfinanzreform gebilligt.

Von Breslau wird gemeldet: In einer in Mittelfranken abgehaltenen konservativen Wählerversammlung erstattete der Vertreter des Wahlkreises, der Abg. Dr. von Seydebrand und der Vasa, seinen Rechenschaftsbericht. Von dem zweiten Vorsitzenden des Bundes der Landwirte, Schmidt-Hals-Mittsch, und dem konservativen Dr. Dimilis-Rosen wurde der Abgeordnete auf das beifällige wegen der Ablehnung der Erbschaftsteuer, des Sturzes des Fürsten Bismarck und wegen des Zusammengehens mit den Rosen angegriffen. Die Versammlung verließ, ohne eine Resolution zugunsten des Abgeordneten von Seydebrand.

Die sächsischen Konservativen waren die treuesten Bismarckhänger; wenn sogar sie sich mit der Politik der Fraktion einverstanden erklärten, dann ist kein Zweifel daran, daß die Konservativen keine große Mißbilligung haben werden, während bekanntlich bei den Nationalliberalen Abfälle der bedeutendsten Männer an der Tagesordnung sind.

Zur Stichwahl in Neustadt-Landau. Die Vertrauensmännerversammlung der Zentrumspartei des Wahlkreises Neustadt-Landau beschloß in ihrer gestrigen Sitzung, bei der Abstimmung in der Stichwahl zwischen Dr. Dehler und Huber (Soz.) sich der Stimmen zu enthalten.

Die „Pfälzer Zeitung“ bemerkt dazu: „Dem Beschluß möchten wir eine Bemerkung hinzufügen. Wer den Wahlkampf in Neustadt-Landau objektiv und aufmerksam verfolgt hat, der versteht und billigt die Zentrumspartei vollkommen. Die Zentrumswähler lassen sich nicht von dem liberalen Kandidaten beschwichtigen, um ihn nachher als Dankbarkeit zu unterstützen. Sie lassen sich aber auch nicht von den sozialdemokratischen Betreibern einfangen, sondern bleiben zu Hause. Jetzt wird ein heißes Liebeswerben von beiden Seiten beginnen, dem muß und wird der Zentrumsmann erfolgreich widerstehen. Eine Wahlparole ist zu beobachten, zumal es sich hier um zwei Parteien handelt, die beide nichts taugen und die wir gern einmal raufen sehen möchten.“

Wassermann hat inzwischen noch einmal im Wahlkreis gesprochen, aber weit gedämpfter als das erste Mal. H. a. sagte er H. Mannheimer, „General-Anzeiger“ Nr. 330:

„Das Wahlergebnis ist ja nach meiner Meinung nicht in allen Teilen ein erfreuliches und gibt zu Besorgnissen über die andere Seite auch zu energischer Agitation Anlaß. Bei dem Wahlergebnis sehen wir auf der einen Seite eine schwache Sozialistenschwäche, auf der anderen Seite, Hand in Hand gehend, damit ein starkes Anwachsen der sozialdemokratischen Partei, das ist ja so oft auch im Zusammenhang mit meiner Person, die Frage der Reichstagsauflösung besprochen worden. Und ich habe doch den Eindruck, daß auch dieses Wahlergebnis, das Resultat der ersten Wahl nach Verabschiedung der Reichsfinanzreform, beweist, daß es wichtiger gewesen wäre, das Volk zu fragen, welche Art der Finanzreform es will.“

Niemand wird dem Abg. Wassermann bestreiten, daß das Meistertum der Liberalen zu Besorgnissen und energischer Agitation Anlaß bietet und nicht durchaus erfreulich ist. Wassermann darf sich aber darauf verlassen, daß es an hundert anderen Orten für den Liberalismus ebenso gehen würde, wenn der Reichstag aufgelöst werden wäre.

Die Stichwahl findet am 30. Juli statt.

Ausland.

Balkanstaaten.

— **Dynastiewechsel in Serbien?** Prinz Georg gelangte in den Besitz eines unzuverlässigen echten Briefes des Führers der alttraditionellen Partei, Raschisch, den dieser an den Hauptverschwörer, den früheren Minister Gensitsch, gerichtet hat. Es

heißt darin: Die alttraditionelle Partei sei sich einig, daß ein baldiger Wechsel der Dynastie Stara-Georgewitsch für Serbien notwendig sei. Man sei bereit, Volk und Stupitschina in diesem Sinne zu bearbeiten. Die Wahl eines englischen Prinzen sei am günstigsten. Raschisch schlägt weiter vor, dem König Peter aus der letzten Anleihe eine Abfindung von fünf Millionen zu zahlen. Eine Kopie dieses Briefes sandte Prinz Georg an den König nach Mikarac Banja. In politischen Kreisen weiß man, daß Raschisch seinen Karlsbader Anfechtung dazu benutzen will, eine Anleihe bei König Edward zu erhalten, sobald dieser in Wien eintrifft. Diese Nachricht hat König Peter so angegriffen, daß er fortwährend an Ohnmachtsanfällen leidet und seit drei Tagen das Zimmer nicht hat verlassen können. Der Ministerpräsident Radoslawitsch ist für heute zum König berufen.

X Zur Kretefrage. Die englischen, französischen und italienischen Truppen verließen gestern vormittag, die russischen nachmittags die Insel Kreta. Zugleich mit den Flaggen der Schutzmächte wurden auch die Fahnen der Autonomisten heruntergeholt. Der „Frankfurter Zeitung“ wird zum Abzug der Truppen der Schutzmächte aus Athen gemeldet: Auf Kreta haben heute beim Abzug der Truppen der Schutzmächte, so wie an den Vortagen, Behörden, Militär und Volk allerorts in lebhaftester Begeisterung den Schutzmächten herzliche Dankbarkeit bezeugt. Überall wurde sofort nach dem Abzug statt der Flaggen der Schutzmächte die griechische Fahne aufgezogen. Im Hafen von Kanea geschied dies morgen beim Befehl der provisorischen, im Kamen Griechenlands die Insel verwaltenden Regierung. Auf den Stationsplätzen der Schutzmächte unterließ zur Vermeidung der Flaggenfrage die übliche Begrüßung durch Kanonenschüsse. Man wird es sich zeigen, ob die Taten ihre Drohungen wahr machen werden.

Frankreich.

— **Vom Kulturkampf.** Der Appellationshof von Besancon hat den Beschluß gefaßt, daß alle von dem im Jahre 1875 gegebenen Kardinal Mathieu erlassenen und von seinen Erben als Privatbesitz beanspruchten Güter infolge Verjährung als der erzbischöflichen Mensa und verschiedenen Kirchenfabriken gehörig zu betrachten seien. Mit besonderer Erbitterung wurde nach dem „Schäfer“ der Beschluß aufgenommen, weil das seit 50 Jahren so gegenwärtig wirkende Seminar b'Dornand der Regierung anheimfällt und nach dem geschlossen wird.

Neben der Einziehung der Rechtsbestände des bischöflichen Ordinariats und des Priesterseminars von Pines hat die Regierung den eben im „Journal Officiel“ veröffentlichten Dekret vom 23. Juni, 13. und 16. Juli zufolge, den Haub der Archive von 22 bischöflichen Ordinariaten und Großen und Kleinen Seminaren veräußert.

— Zum Kabinettswechsel wird dem Luzerner „Waterland“ u. a. aus Paris geschrieben: „Es bleiben noch zwei wichtige Fragen zu beantworten: Wie konnte ein sozialistischer Minister zum Vortritt in den Kabinettsrat gelangen und wie hat sich Briand bei der Auswahl seiner Ministerkollegen das Haus bestellt. Denn ein Teil der Sozialisten zeigt sich darüber empört, daß ein Sozialist Ministerpräsident werde und dieses Entsetzen wird noch größer dadurch, daß er außer Ribot noch einen anderen Sozialisten, Millerand, ins Kabinet aufnehmen hat. Sozialisten sollten sich die hiesigen Sozialisten mehr darüber aufregen, daß eine ganze Reihe sozialistischer Minister sich bereit erklärt, unter der Führung eines Sozialisten ein Kabinet zu bilden. Das angeführte Entsetzen ist daher nichts anderes als unbedingter Parteipatriotismus.“

Der Briand ist in politischer Hinsicht von unbegrenzter Schmeichelei. Aus den Reihen der revolutionären Sozialisten hervorgegangen, hat er mit den Jahren einen tiefen Glauben zwischen sich und seinen ehemaligen Freunden gezogen, sie haben ihn von ihrer „geheimen“ Partei ausgeschlossen, und er ist immer ein unabhängiger Sozialist. In Wirklichkeit ist er auch das nicht, er ist einfach — gouvememental. Er versteht das Regieren, und hat die große Kunst für sich, zu seiner bestimmten Partei von den vielen des Regierungsbüros zu gehören. Ma fort er ist radikal, er ist sozialistisch, das macht doch nichts, denn wie haben ja auch Radikal-Sozialisten. Der Unterschied zwischen einem solchen und Herrn Briand ist nur der, daß er wirklich das ist, was man radikal und sozialistisch nennt, während die guten Radikal-Sozialisten von den eigentlichen Radikalen sich allemal nur darin unterscheiden, daß sie eine andere Gruppe mit andern Parteipolitikansprüchen sind.“

ist ein Komiker, der in origineller Wiedergabe solcher Rollen kaum noch einen glücklicheren Rivalen finden dürfte. Auch Herr K. h. leistete, wie immer, gutes. Die Hebriden und der Chor hielten sich gut. Das Ensemble war ziemlich glatt und das will bei Künstlern, die soviel memorieren müssen und zwei Monate lang beinahe jeden Abend auf den Brettern stehen, etwas bedeuten. Das hübsche Werk und der Humor der Herren K. e. s. n. i. und Fischer sorgten für eine äußerst befriedigende Aufnahme, die Worte der beiden Herren erregten das öftere starke Beifallsausbrüche.

Kirchliche Nachrichten.

— Aus dem Dekanat Treiberg. Die Geistlichkeit des diesseitigen Kapitels bereite ihren Konfrater Herrn Pfarrer und Definitor Seger in Schenkengrün anlässlich dessen silbernen Priesterjubiläums eine eigene Gratulationsfeier am Plage selber, wozu sich eine stattliche Anzahl Herren aus dem weltangehörigen Kapitel einfinden. Herr Dekan K. h. a. r. d. Hippoldus würdigte die Bediente des Jubilars und überreichte demselben im Namen des Kapitels als Jubiläumsgeschenk eine illustrierte Gratulationsgabe der Nachfolge Christi. Der Jubilar war hoch erfreut über die ihm erwiesene Aufmerksamkeit. Er, dem Ehre gebührt!

— **Bruchsal, 26. Juli.** Am nächsten Mittwoch sind 60 Jahre umflossen, seit die ehrwürdigen Barmherzigen Schwwestern von Barmherzigkeit ihre segensreiche Tätigkeit in hiesiger Stadt entfalten. Aus diesem Anlaß wird am genannten Tage in der St. Petruskirche ein Dankamt gefeiert und am Donnerstag ebenda für die hiesigen in den 60 Jahren tätig gewesenen und inwärtigen verstorbenen Barmherzigen Schwwestern ein Gedenkmahl aufgesetzt.

— **Aus der Schweiz.** In Zug findet am 22. August der Schmelzer Katholikentag statt. — Der hochw. Bischof Felix Salgaria von Chur, der freiwillig abgedankt hat, ist vom Papste zum Titular-Erzbischof von Myssos i. p. i. ernannt worden.

Briand hat bei seinen Vorarbeiten zur Kabinettsbildung auch den Senator Boineau um seinen Rat gefragt, der als sehr gemäßigt gilt. Das hat beim Senat guten Eindruck gemacht. Der Korrespondent des „Waterland“ fährt fort:

„Heute stehen wir von der seltsamen Erscheinung, daß der Senat Briand mehr Sympathie entgegenbringt als die Kammer. Dieses Manöuvre bei der Kammer bedeutet aber zunächst nicht viel, denn Briand wird ihr das Programm Clemenceaus, das bekannte republikanische Staatsprogramm, vorlegen, etwas durchwürzt von sozialen Gesetzesvorschlägen und Kulturkampferlei, und sie wird diesem Programm zustimmen müssen, denn der geschickte Advokat Briand wird es nicht anders vortragen, als es etwa Leon Bourgeois vortragen hätte, höchstens mit glänzenderer Rhetorik. Und wenn die Kammer gar nicht will, wenn sie Miene macht, das neue Kabinet sofort zu beschließen, wird Briand von dem Rechte Gebrauch machen, sie auf drei Monate zu vertagen. Die Wahlen werden dann das weitere zeigen.“

Heute wird Briand in der Kammer das Programm des neuen Kabinetts bekannt geben. Es wird voraussichtlich keine Lieberatschung geben.

Zur Charakteristik des neuen französischen Ministerpräsidenten Briand sei noch folgendes aus der „Straßburger Post“ angeführt: „Er steht im 47. Lebensjahr. In dem bretonischen Städtchen Saint-Nazaire stand seine Wiege in einer Schifferkneipe. Seine Eltern waren arme Leute, jedoch der Staat ihm zu einem Fortkommen verhelfen mußte, da er zur Handarbeit zu schwach war. Also mußte er studieren, und das ging nur in einer freistellenden Anstalt an. Als Zwanzigjähriger leitete er den Eid als Advokat. Mithin verdient er kein Brot. Jedoch nicht lange erkrankte er sich der Ausübung des Berufes. Eine Jugendliebe, die während seiner Abwesenheit an der Unversität an einen reichen Mann verheiratet worden war, fiel ihm nach seiner Rückkehr in die Arme. Somit hindert ein solcher Vorfall in Frankreich niemand am Fortkommen, in Saint-Nazaire und Nantes jedoch stießen die mit den Liberalen und konservativen Führern verbündeten Advokaten Briand aus dem Staube aus, und er ging zur Presse, und zwar zur sozialistischen. Seine Wege führten ihn in die Centrale des Gewerkevereinssozialismus, in die Arbeitsbörse in Paris. Der allgemeine Anstand schenkte ihm, als er 25 Jahre zählen mochte, als ein brauchbares Mittel zum professionellen Erfolg, doch nicht ohne den Zusatz, daß man erst dazu greifen müsse, wenn alle friedlichen Mittel verfaßt hätten.“

Spanien.

— **Der spanische Krieg** gegen die Rifkabylen. Aus Melilla wird vom 26. Juli gemeldet: Die Spanier erwarten für heute einen neuen Angriff der Mauren, welche aus dem Innern zahlreiche Verstärkungen erhalten. Das Bombardement dauert an. Die Truppen, welche von den Kriegsschiffen gelandet worden, sind mit dem Nachdienst in Melilla betraut worden.

Aus Madrid liegen folgende Meldungen vom 26. ds vor:

Die Stimmung in ganz Spanien ist kriegerisch. Man ist jetzt entschlossen, energisch vorzugehen, um die Rifisten zu unterwerfen. Die nationale Ehre erfordert die größten Opfer. Die Verluste der gestrigen Kämpfe sind noch immer unbekannt. Man geht jedoch nicht fehl, wenn man 400 Verwundete und 100 Tote annimmt. Die Abteilung von Verstärkungen wird sicherhaft betrieblen. Ein Minister erklärte, am 1. August verläßt Marina über 50000 Mann.

Der Minister des Innern richtete an sämtliche Gouverneure der Provinz ein Rundschreiben mit der Aufforderung, alle Veröffentlichungen über den Krieg, die nicht aus amtlicher Quelle kommen, zu verhindern. Auch den fremden Korrespondenten ist untersagt worden, andere Nachrichten ins Ausland zu senden, als solche die aus dem Ministerium stammen. Dem General Marinovo wurde das Oberkommando über alle spanischen Truppen in Melilla übertragen.

Die Ministerliste scheint vermieden zu sein. Die spanische Regierung hat beschlossen, den Familien der emigrierten Meeresoffiziere eine tägliche Entschädigung zu gewähren. Die großen Handelshäuser zahlen die Gehälter für die emigrierten Angestellten und deren Familien fort. Am 29. gehen 2 Regimente Infanterie, ein Regiment Kavallerie und ein Regiment Artillerie nach Melilla ab. Die marokkanische Geländekarte ist gestern abgereicht, da ihr Aufenthalt in Madrid immer gefährlicher wurde.

Aus Melilla wird unterm 23. Juli gemeldet: Im Verlaufe des Vormittags-Kampfes ging der Infanterie und der Artillerie wiederholt die Munition aus. Aus Alhucemas wird berichtet: Die Eingeborenen haben erntigt durch das Gerücht, daß die Spanier Verluste erlitten haben, drei Kanonen im Stich gelassen und die Gewehre und Munition fortgeworfen. 12000 Eingeborene verstärkten die Horta in Melilla; andere Eingeborene errichteten Verhinderungen auf den umliegenden Höhen. Die Marabuts predigen den heiligen Krieg.

Nach einer amtlichen Meldung aus Melilla mußte der Provinzialrat auf der zweiten Station der Grubenbahn eine leichte Beschießung ausstehen. Der Tag verlief infolgedessen ruhig. Die Artillerie beschloß die Schuttlungen von Gurugu. Amlich wird bestätigt, daß die Spanier im Kampfe am 23. Juli 300 Tote und Verwundete hatten.

Asien.

— **Nach dem Thronwechsel** in Persien. Das Neuterritorium unter Teheran: Der schiere Schah weißt noch immer in der russischen Gefandtschaft. Wie es heißt, ist seine Abreise verschoben worden, weil es Schwierigkeiten bereitet, die Kronjuwelen ausfindig zu machen. Nach neueren Meldungen sind starke Streitkräfte Genesid es Danlehs auf dem Marsch nach Schiras. Die britische Konsularwache ist durch 40 Matrosen verstärkt worden.

Baden.

Karlsruhe, 27. Juli 1909.

Die liberale Unwahrscheinlichkeit nimmt zu. Die „Bad. Landeszeitung“ Nr. 339 läßt sich u. a. schreiben:

„Der „Bad. Beob.“, der nach einer kurzen Periode gahner Verlegenheit wieder den Weg zu seiner alten Mißbilligkeit zurückfindet, läßt sich von einem Reichstagsabgeordneten einen Artikel gegen den Liberalismus schreiben, der mit der Frage beginnt: „Besteht das deutsche Volk wirklich aus solchen Lumpen?“ Dem Herrn sei die einzig sachdienliche Antwort darauf nicht vorzuzufügen

und zwar einmal ausnahmsweise in dem gleichen Ton, den er anfangs und den allein er zu verstehen scheint.“

Darnach kommt eine öde Schimpferlei, wie man sie an liberalen Bierphilistern zurzeit sehr oft hören kann. Wir können uns auf diese Zustimmungen eines liberalen Bierphilistern gegen das Zentrum schon deswegen nicht einlassen, weil der Mann gleich von Anfang an frech die Unwahrscheinlichkeit schreibt. „Wie und nirgend hat der „Bad. Beob.“ einen Artikel von einem Reichstagsabgeordneten gegen die Liberalen gebracht, der mit der Frage beginnt: „Besteht das deutsche Volk wirklich aus solchen Lumpen?“ Der „Bad. Beob.“ hat allerdings einen Artikel gebracht, der mit jener Frage begann. Diese scherzhaft satirische Frage bezog sich jedoch lediglich auf die lächerlichen Behauptungen unserer Gegner über die Wirkung der Bier- und Branntweinsteuer, weil das deutsche Volk aus lauter Säufen bestehen müßte, wenn gewisse Behauptungen unserer Gegner richtig wären.

Aus dieser Frage das zu machen, was der Mitarbeiter der „Bad. Landesztg.“ daraus macht, ist eine gewissenlose Infamie zum Zweck der Hege. Es ist nämlich auch weiter eine freche Unwahrscheinlichkeit eine Verdrehung des Tatbestandes, wenn der Mann weiter schreibt, der „Badische Beobachter“ habe seine politischen Gegner in jener Frage „Lumpen“ genannt. Das kann nur ein dem Zentrums Entschärfer behaupten, oder einer, der tatsächlich nicht mehr nüchtern ist und der daher wieder die Tragweite der Behauptungen des Gegners nach der eigenen Behauptungen zu ermessen imstande ist. Wie der Mann nach dieser moralisch unverantwortlichen Leistung noch die Freiheit haben kann, vom Zentrum als einer „moralisch verdorbenen“ Partei zu sprechen, ist nur dem verständlich, der weiß, daß der vulgäre Liberalismus zwar feig ist wie eine Hyäne, wenn es gilt, die Wahrheit zuzugehen, aber frech über alles, wenn es gilt, die Wahrheit zu verdrehen.

Zum Schluß noch eins: Wenn wir wirklich, wie der seine Herr in der vornehmsten „Bad. Landesztg.“ im Ernst die Frage nach Geimmungsstumperei stellen wollen, dann müßten wir und andere sagen: Geimmungsstumperei ist es, wenn eine Partei den Gegnern anbietet, einen ihrer Leute aus der Kommission hinauszuschicken, damit die eigenen Anträge keine Mehrheit bekämen, damit dieselbe Partei nachher den Beamten sagen könne: wir sind fest geblieben, aber leider überstimmt worden! Die Partei, die sich zu einem so verächtlichen Manöver in der Beschlusssammlung bereit erklärte, ist die nationalliberale! Für ebenso schlimm wie Geimmungsstumperei halten wir es, wenn ein Mann eine falsche Behauptung über einen beliebigen Gegner aufstellt, um ihn vor seinen Wählern heranzuziehen, und dann diese Behauptung aufrecht erhält, trotzdem es durch Berichtigungen und durch den eigenen Augenschein sich überlegen konnte, daß seine Behauptung absolut falsch war. Das Blatt, das sich dieses journalistischen Benehmens gegen den Abg. Schmidt-Breden schuldig gemacht hat, ist die führende „Bad. Landesztg.“, die sich zur Richter über Geimmungsstumperei aufwirft.

Eine große Zentrumsversammlung.

findet am nächsten Sonntag in Offenbura nachmittags 3 Uhr im großen Saale des Hotels Union statt. Sprecher ist der Reichstags- und Landtagsabgeordnete Landesrichtspräsident Dr. Fehrenbach-Offenburg. Das Referat über die Reichsfinanzreform dürfte um so interessanter werden, als Dr. Fehrenbach Mitglied der Reichsfinanzkommission war. An einem imponenten Besuch der Versammlung ist so wie so nicht zu zweifeln.

Halt Bauer —!

St. Georgen i. Schw., 25. Juli. In Donauessingen will man in liberalen Kreisen vor Aufregung und Entrüstung fast nimmer zur Ruhe kommen, weil Bürgerauschreitungen Herr Redakteur Dr. Bauer erlaubt hat, den Standpunkt zu vertreten, es sei seine Ansicht, daß man bezüglich der künftigen Bürgermeisterwahl den lokalen Verhältnissen und der Wirkung der Konfession in der Stadt entsprechend, 2. u. unter zwei gleich tüchtigen Wählern dem katholischen Kandidaten den Vorzug gebe. Als vor mehreren Jahren der hiesige Bürgermeisterposten (auch Berufsbürgermeister) zur öffentlichen Vererbung ausgeschrieben wurde, hieß es im Ausschreiben: Es dürfen sich nur Kandidaten evangelischer Konfession melden. Durch das war es etwaigen Bewerber katholischer Konfession von vornherein unmöglich gemacht, auch nur eine Eingabe zu schreiben, mochten sie auch noch so tüchtig sein. Das war etwas ganz anderes, als die Affäre in Donauessingen. Daß man sich damals in streiten, die mit den Donauessingern Liberalen geimmungsstumperei sind, entbehrt hat, davon haben wir nichts gelesen. Man hat es mit etlichem Schweigen hingenommen. Ist jetzt ein solches Gebahren in Donauessingen recht und gerecht, auch nur anständig?

Vertrauensfundgebung für das Zentrum.

Wie wir schon wiederholt betont haben, ist man überall dort wo Unklarung unter dem Volke verbreitet wird, mit der Haltung des Zentrums in der Reichsfinanzreform einverstanden. Das bewies wieder eine am Sonntag abgehaltene von 500—600 Personen besetzte Versammlung in Etenheim, in welcher Herr Reichstagsabg. Fehrenbach über die Stellungnahme des Zentrums in der Reichsfinanzreform sprach. Der „Lahrer Anzeiger für Stadt und Land“ schreibt hierzu: „Reichstagsabg. Fehrenbach sprach über zwei Stunden; gewandt, klar, überzeugend, eindrucksvoll. Seine Rede wurde oft von Zustimmungsausrufen begleitet und am Schluß mit rauschendem Beifall obsoht.“ Von seiner Seite erhob sich Widerspruch, obwohl mehrmals zu freier Aussprache aufgefordert wurde. Einige anwesende liberale Professoren zogen es bei dieser Stimmung vor, zu schweigen. So konnte mit Recht an Ende der Versammlung konstatiert werden, daß der Verlauf der Versammlung eine glänzende Vertrauensfundgebung fürs Zentrum sei.

Karlsruhe, 26. Juli. Herr Professor Bösch von Karlsruh schreibt uns:

„Ich sehe sämtlichen Ketten im „Bad. Landesboten“ in diesbezüglichen Falle völlig ferne und habe

eine Abmahnung, wer sie verfasst hat. Diese Erklärung ist im weitesten Umfange zu verstehen. Der andere Herr ist gar nicht Mitglied des Demok. Vereins. Weiteres behalte ich mir vor.

W. W. W.
Führer der hiesigen Demokraten.
Wir wissen nicht recht, warum Herr Professor W. W. W. uns diese Erklärung zuschreibt. Mit keiner Silbe war in unserem Artikel darauf hingedeutet, dass die Artikel im „Bad. Landesboten“ von ihm stammen könnten. Dass er aber gar nichts mit ihnen zu tun haben will, ist zur Beurteilung jener Artikel bemerkenswert. Wir nehmen daher gerne davon Notiz.

Freiburg, 26. Juli. Der hiesige Stadtrat hat die Anträge abgelehnt, wonach im Hinblick auf die neue Steuergesetzgebung die auf 1. Dezember 1909 fälligen Talons eines städtischen Anlehens jetzt schon ausgeben werden sollen.

Kleine badische Chronik.

Rehl, 24. Juli. Auf der Straße Rehl-Strasbourg überfuhr ein schnell dahinfliegender Auto ein nicht recht ansehnliches Pfl. welches beide Hinterbeine gebrochen wurden, so daß sie sofort getötet werden mußte. Das Auto fiel vollständig um und wurde durch ein Fußgänger zur Rheinbahn gefahren. Von den beiden Fußgänger wurde der eine auf die Straße geworfen; er kam mit einigen Verletzungen davon, während der Lenter unter das Auto kam und ziemlich ernstlich erlitt. Der Treiber der Pfl., welcher noch rechtzeitig ausgewichen war, kam mit dem Schrecken davon.

Hertingen, 27. Juli. Der hier wegen Mordverdachts inhaftierte Dienstherr Rintenburg ließ sich die Hälfte einer Schere in die Halsschlagader, um durch Verblutung der irdischen Gerechtigkeit zu erlangen. Rintenburg liegt bettlägerig im Krankenhaus. Rintenburg liegt bettlägerig im Krankenhaus. Rintenburg liegt bettlägerig im Krankenhaus.

Der Karlsruher Stadtrat und die neuen Reichssteuern.

Vom städtischen Hauptreferat wird uns geschrieben: „In Nr. 164 des „Bad. Beob.“ findet sich ein Aufruf gegen die Stadtverwaltung, weil sie die Ausgabe der dieses Jahr fälligen neuen Rechenbogen für das 1889er Etabillament vom 26. Juli an angekündigt und damit nicht bis nach Inkrafttreten des sogenannten Talonssteuergesetzes zugewartet hat. Nun hätte der Stadtrat den Rechenbogen dieser Rechenbogen bereits am 26. Mai d. J. ausgeben können, wenn er die Talonssteuer ausgedacht war, mit aller Eile vor dem 26. Juli auszugeben. Die Ausgabe der Rechenbogen hätte also ohne Einführung der Steuer am 26. d. Mts. begonnen. Gleichzeitig mit der Bekanntgabe der Ausgabe hat aber der Stadtrat auch das Hauptreferat erachtet, am 2. August die Abstempelung der Rechenbogen nicht ausgegebenen Bogen nach Maßgabe des am 1. August (Sonntag) in Kraft tretenden Gesetzes vorzunehmen. Der Vorwurf des „Bad. Beob.“ ist also ungerichtet.“

Wir nehmen davon gerne Notiz und betonen, daß, wenn sich die Sache so verhält, woran wir nicht zweifeln wollen, den Stadtrat kein Vorwurf in dieser Angelegenheit trifft. Es wird aber dann noch weiter geschrieben: Welche direkte Belastung übrigen die neuen Reichs- und Verbrauchssteuern — ganz abgesehen von der indirekten, durch Heberwägung bedingten — der Stadt bringen, ergibt folgende Zusammenstellung:

- 1. Erhöhung des Effektensteuers bei Ausgabe von Schuldverschreibungen von 2 Proz. auf 3 Proz. und Einführung der sogenannten Talonssteuer jährlich außer den bisherigen Abgaben 30 869 M.
- 2. Besteuerung der Beleuchtungskörper und Zündwaren jährlich 7 264 M.

Selbstverständlich trägt diese Belastung zur Erhöhung der Umlage bei. Insofern bedeutet also diese Art Reichsfinanzreform nur eine Verschiebung der Lasten des Reichs auf die Gemeinden, die doch ohnehin schon gerade genug Steuern für ihre eigenen Bedürfnisse aufzubringen haben.“

Diese Darstellung ist recht schief. Die unzulässige Belastung der Stadt Karlsruhe würden sich dafür bedanken, daß die Stadtkasse den Besitzern städtischer Obligationen die Talonssteuer bezahlt. Wir wollen nicht annehmen, daß der Stadtrat die Sache in diesem Sinne auffaßt, wie die Spottbesenbanken. Wenn aber die Stadtkasse talonssteuerpflichtige Papiere besitzt, so ist das gewiß kein Grund, darüber zu jammern, daß die Stadtkasse wie jeder Privatmann diese Steuer auch bezahlen muß. Dasselbe gilt auch von der Erhöhung der Stempelsteuer. Wenn diese Erhöhung des Effektensteuers dazu beitragen würde, daß etwas weniger „Oberbürgermeisterpolitik“ getrieben und auch in der städtischen Verwaltung entsprechend den Zeitverhältnissen etwas mehr auf Sparflamme gesehen würde, so wäre das gewiß kein Schaden. Die Lichtkörper- und Zündwarensteuer mit etwas über 7000 M. spielt jedenfalls keine so große Rolle, daß die Stadtverwaltung auch hier das schlechte Beispiel der Steuerverbrossenheit geben müßte. Bekanntlich ist für das nächste Jahr ohnehin eine Erhöhung der Umlage um mindestens 3 Pfg. vorgesehen, obwohl erst das vorletzte Jahr, ohne die neuen Reichssteuern, eine erhebliche Erhöhung der Umlage gebracht hat. Ob die neuen Steuern bei der kommenden Umlageerhöhung eine anschlagegebende Rolle spielen, möchten wir bezweifeln. Jedenfalls würde es zu einer Umlageerhöhung nicht kommen, wenn lediglich diese 38 133 M. neuer Steuern hinzukämen. Wir haben daher nicht ein, wozu das städtische Hauptreferat, das hier offenbar im Auftrag des Oberbürgermeisters handelt, mit dem Gespenst der Umlageerhöhung Stimmung gegen die neuen Steuern macht. Das ist weiter nichts, als nationalliberale Stimmungsmache!

Lokales.

Karlsruhe, 27. Juli 1909
„Aufruf an alle Katholiken“. Unter dieser Überschrift wurde in der letzten Woche an Kathol. Adressen ein Aufruf geschickt, das zum Austritt aus der katholischen Kirche auffordert. Worauf es hinaus will, merken wir an dem Satz: „Ihr braucht ja nicht gleich protestan.“

„Ist zu werden.“ Das Blättchen starrt von pharisäischem Größenwahn, und noch mehr von Unwissenheit, besonders in katholischen Dingen. Es redet von „Anbetung der Maria“ und „Heiligenanbetung“. Die Lehre vom allerhöchsten Sakrament will es mit dem Spruch abtun, der Leib Christi sei schon lange nicht mehr vorhanden. So etwas braucht man nicht zu widerlegen. Ja, ja, „Ihr habt eine Wunde von den Augen“ — aber nicht die Katholiken, wohl aber jene, die über Katholiken urteilen, ohne auch nur einmal den kleinen katholischen Kinderkatechismus gelesen zu haben. Ja, ja, es ist schwer, sehr schwer, sich aus altmodischen Gedankengängen und Vorstellungen mit einem Male herauszureißen, darum bleibt man bei den alten unwarigen und lieblichen Vorstellungen und Wortwäulen über die Katholiken, hält sie für dumm und ist glücklich, sich selbst als „erleuchtete Seele“ zu fühlen. Es fragt sich nur, wer das Recht hat, das hier erleuchtet. Die Betrübnisse am Ganzen ist der Geist der Verhöhnung, der aus dem Munde von törichten Behauptungen herfließt.

Weiße Meise abgefahren. Einen schweren Unfall hat gestern früh halb 2 Uhr ein in der Kriegstraße wohnhafter Fuhrunternehmer erlitten. Er wollte mit einem Möbelpacker zusammen einen Güter- und Strohbergstraße stehenden Möbelwagen abholen. Um die Laterne an den Wagen zu hängen stieg der Fuhrunternehmer hinter den Pferde mit einem Fuß auf die Deichsel, wobei ihm der Möbelpacker beistand. Der Fuhrunternehmer besaß das Liebergewicht und erlitt beim Fallen den Schenkel eines der Pferde, welche hierdurch tödlich und durchgehenden. Die beiden Männer kamen zu Fall, der Fuhrunternehmer kam unter die Räder des Wagens, wobei ihm beide Schenkel abgefahren wurden und er außerdem noch einen Schädelbruch davon trug. Der Möbelpacker kam mit kleineren Verletzungen davon. Der Schwerverletzte wurde, nachdem ihm von einigen Schulheuten Notverbände angelegt waren, in das städtische Krankenhaus überführt.

Ein rabiaten Mensch. In der Nacht zum 26. Juli schlug ein lediger Tagelöhner aus Wudau in der Kapellenstraße einer Verkäuferin mit der Faust in's Gesicht, worauf sie zu Boden, verletzte ihr Gesicht und verletzte sie ganz erheblich.

Streit. In der Solitenstraße gerieten in der Nacht zum 26. Juli zwei Bildhauer miteinander in Streit und schlugen sich gegenseitig mit ihren Sägen, wobei der eine nur leicht, der andere aber so schwer verletzt wurde, daß er in's Krankenhaus gebracht werden mußte. Ein verheirateter Arbeiter kam in der Nacht zum 26. Juli in der Solitenstraße mit einem Schloßer in Streit, wobei er ihm auf den Kopf schlug, so daß er zu Boden fiel und bewusstlos liegen blieb. Die Erhebungen haben aber alsbald ergeben, daß die Verletzung nur eine leichte und die vorübergehende Bewußtlosigkeit mehr auf Trunkenheit zurückzuführen war.

Vermischte Nachrichten.

Hd. Niederböllendorf, 27. Juli. Hier schoß ein Privatjäger auf zwei Männer, die er für Wildbuben hielt. Der eine wurde erschossen, der andere schwer verletzt. Der Förster wurde verhaftet. Unter der Bevölkerung herrscht wegen des Vorfalls große Aufregung.

Meh, 24. Juli. Ein Pfälzer von einem Posten erschossen. Ein auf Fort Kaiserin stehender Posten bemerkte in der vergangenen Nacht eine ihm verdächtig vorkommende Persönlichkeit. Da dieselbe auf Anruf nicht stand, gab der Posten Feuer. Beim Näherkommen bemerkte er, daß er einen mit ihm zusammen im 4. Bayer. Infanterieregiment dienenden Kameraden erschossen hatte. Der Erschossene heißt Fildinger und dient im ersten Jahr bei der 11. Kompagnie. Er hatte sich bei der tiefen Dunkelheit auf einem Patrouillengange verirrt und infolge des herrschenden Sturmes den Anruf des Postens nicht gehört. Der Erschossene, der an Verblutung starb, stammt aus Neumühle, Bezirk Pomburg in der Pfalz. Die Untersuchung ist eingeleitet.

Hd. Rom, 27. Juli. In Verona hatte ein Bürger in Erfahrung gebracht, daß seine Gattin ebenfalls mit einem Geliebten zusammensteht. Der Gatte lauerte ihr aus auf. Das Paar bestand sich indes in Begleitung eines anderen Paares. Aus dem Hinterhalt schoß nun der Ehemann die beiden Frauen und vernichtete seinen Nebenbuhler tödlich. Zuletzt sprang er auf den anderen Mann los und zerstückte ihn mit den Zähnen das Gesicht. Der Mörder floh, wurde aber bald eingeholt und verhaftet.

Hd. Alexandria, 27. Juli. Hier stürzte ein Bergbauungsgesam um, wobei 200 Personen verunglückt wurden. 10 schwer Verletzte wurden bereits aus dem Krankenhaus herabgeholt. Eine ganze Anzahl weitere Personen wurden leidet verlegt.

Cholera. Hd. Embden, 27. Juli. Wie Meldungen aus Rotterdam besagen, ist der deutsche Dampfer „Gibberfeld“, der von Petersburg nach Massauis, dem Vorhafen von Rotterdam, gekommen war, als Choleraverdächtig unter Beobachtung gestellt worden. Der Auswurf eines verdächtigen Erkrankten wurde nach Utrecht geschickt. Dort ist gestern nach Abkühlung der bakteriologischen Untersuchung der Choleraverdacht bestätigt worden.

Telegramme und neueste Nachrichten.

Hd. Berlin, 26. Juli. Wie verlautet, wird die Reise des Kronprinzenpaares nach England, die vor einigen Monaten auf Einladung des Königs Eduard in Aussicht genommen war und im Laufe des Juli stattfinden sollte, voraussichtlich in diesem Sommer nicht mehr vor sich gehen. Es ist augenblicklich noch nicht bekannt, ob der Besuch, der von vormalig eine politische Bedeutung nicht hatte, sondern nur rein familiärer Natur sein sollte, noch in diesem Jahre stattfinden wird.

Hd. Kiel, 26. Juli. Eine 150 Mann starke Kompagnie des Seebataillons ist Mittags unter dem Befehl des Hauptmanns von Köppen nach Hemenelward, dem Sommerlager des Prinzen Heinrich, abgegangen, um während des Besuchs der Jarenfamilie den Wadienst zu übernehmen.

Hd. Göttingen, 27. Juli. Die Ankunft des Jarenpaares auf Schloss Hemmelmark an der Göttinger Bucht ist für Dienstag früh zu erwarten. Die anderen Schiffe dampfen direkt nach Kiel und warten im Kriegshafen das Ende des Reiches ab. Der Aufenthalt in Hemmelmark wird zwei Tage dauern. Erst Mittwoch Abend kehrt das Jarenpaar und Familie zurück. Hier geht das Gerücht um, die Prinzessin Heinrich von Preußen werde das Jarenpaar nach Frankreich und England begleiten.

Hd. Petersburg, 27. Juli. Dem Vernehmen nach wird der Sultan den Jaren in der Krone besuchen, damit der Jar auf seiner Reise nach Italien, die auf dem Seewege von der Krone aus erfolgen wird, den Gegenbesuch abstaten kann.

Hd. Witten, 27. Juli. Präsident Falliers trifft am 18. Aug. in Marienbad ein, wo er mit dem König Eduard eine Begegnung haben wird.

Niesen-Aussperrungen in Schweden. Stockholm, 27. Juli. Die Aussperrungen, von denen bisher 13 000 Arbeiter betroffen wurden, haben

heute weiteste Ausdehnung angenommen. Am 2. August wird diese Maßregel auf den ganzen Bergarbeiter-Berand ausgedehnt werden. Die Zahl der heute bereits Ausständigen wird auf 40 bis 50 000 geschätzt. Das Bundessekretariat der Fachvereine hat gestern den Arbeitgeber-Vereinen mitgeteilt, daß beschloffen worden ist, an sämtliche Landesorganisationen eine Publikation zu senden, in welcher zur Arbeitsrückkehrung im ganzen Land am 4. August aufgefordert wird.

Zum spanischen Feldzug nach Marokko. Madrid, 27. Juli. Der Divisionsgeneral Arizon ist anstelle von Marina zum Oberkommandierenden von Melilla ernannt.

Madrid, 26. Juli. Nach amtlicher Meldung aus Sabadell, Provinz Barcelona, protestierten die Arbeiter gegen den Feldzug bei Melilla, erklärten den Ausstand, drangen in den Bahnhof ein und verhinderten einen Zug an der Abfahrt nach Barcelona. Die Eisenbahnhelfer wurden aufgerufen und die Telegrafen- und Telephondrähte durchschnitten. Bürgergarde machte später den Weg frei, jedoch der Zug abgehen konnte. Bald jedoch mußte er umkehren, da auch weiterhin die Schienen aufgerissen waren. Zu derselben Zeit wurde in Barcelona der allgemeine Ausstand begonnen.

Barcelona, 26. Juli. Da hier als Kundgebung gegen den Feldzug in Marokko der allgemeine Ausstand erklärt wird, wurde über Barcelona der Belagerungszustand verhängt.

Wetterbericht des Zentralb. für Weicorol. und Hydr., vom 27. Juli 1909.

Die gestern über der Nordsee gelegene Depression ist samt ihren Ausläufern nordwärts nach Skandinavien abgezogen und hoher Druck hat sich über der Schweiz und Süddeutschland festgesetzt; hier hat es deshalb wieder aufgekllart, während im übrigen Deutschland das Wetter noch meist bewölkt ist. Südlich von Island ist eine neue Depression erschienen, die sich wahrscheinlich bald geltend machen wird. Witterungsaussichten: Zunehmende Bewölkung, später Regen, mäßig warm.

Wasserstand des Rheins am 27. Juli 1909 früh:
Schifferinsel 2,98, gefallen 5. Rehl 8,30, gefallen 5.
Ragau 5,22, gefallen 7. Raunheim 4,72, gefallen 14.

Briefkasten der Redaktion.
H. B. Fraktionszwang haben im Reichstag die Sozialdemokraten und wie die Erbenfallsteuer-Abstimmung zeigt, auch die Nationalliberalen, wenigstens in einzelnen Fragen. Soviel uns bekannt ist, hat sonst keine Partei Fraktionszwang.

Briefkasten der Geschäftsstelle.
M. S., Wahl. Los hat nicht gewonnen.

Tages-Kalender.
Dienstag, den 27. Juli 1909.
Berein abstinenter Katholiken, Ortsgruppe Karlsruhe. Halb 9 Uhr Versammlung mit Vortrag in der Markgrafenstraße 41, 1. (Katholischer Restaurant). Gäste sind willkommen.

Fideitas, Verein katholischer Kaufleute und Beamten. 9 Uhr Vereinsabend.
Krolltheater. 8 Uhr Varietevorstellung.

Es gibt viele 100

Betriebe, in denen Malzkaffee hergestellt wird. Jeder sagt, sein Malzkaffee sei der beste. Keiner von all diesen Malzkaffees erfreut sich jedoch einer gleich umfassenden Beliebtheit wie der seit 20 Jahren bewährte Kathreiners Malzkaffee aus der größten Malzkaffee-Fabrik der Welt. Diese Beliebtheit bei Millionen ist aber der beste Beweis für die unerreichte Qualität.

Bauarbeiten-Vergebung.
Für den Neubau einer katholischen Kirche in Dinglingen (Amt Lahr) sollen nachstehend bezeichnete Arbeiten im Schmittenswege vergeben werden: Erd- und Mauerarbeiten, Zimmerarbeiten, Schieferarbeiten, Schlosserarbeiten, Malerarbeiten.

Bekanntmachung.
Die Verzinsung der Sparguthaben bei der städtischen Sparkasse Karlsruhe betr. Mit Wirkung vom 1. Juli ds. Js. an tritt an Stelle der Abgabe 2, 3 und 4 des § 12 der Satzungen der städt. Spar- und Pfandleihkasse folgende Bestimmung:
„Husen werden nur für volle Mark berechnet; die Verzinsung beginnt mit dem auf den Tag der Einzahlung folgenden Tag und endet mit dem dem Tage der Rückzahlung vorhergehenden Tag. An Stelle der halbmönatlichen Verzinsung ist hiernach die tägliche Verzinsung getreten.“
Der Verwaltungsrat der städtischen Spar- und Pfandleihkasse:
Dr. Hofmann. Wolf.

Kleinpfasterungen.
Die Herstellung von rund 3200 m Kleinpfasterungen einschließlich der Erd- und Geleidarbeiten soll im öffentlichen Wettbewerb an einen leistungsfähigen Unternehmer vergeben werden. Die Bedingungen wollen unter Benützung der besonderen Vorbereitungen und mit entsprechender Aufschrift spätestens Donnerstag, den 5. August ds. Js., vormittags 10 Uhr, bei uns eingereicht werden. Die Bedingungen können auf unserem Geschäftszimmer Nr. 134 zu den üblichen Dienststunden eingesehen und hier auch die Angebotsvordrucke erhoben werden. Karlsruhe, den 24. Juli 1909.
Städtisches Tiefbauamt.

Nach langjähriger Tätigkeit als Assistenzarzt an der medizinischen und chirurgischen Abteilung des Diakonissen-Krankenhauses, dem Wöchnerinnenasyl und der Abteilung für Frauenkrankheiten des Ludwig-Wilhelm-Krankenhauses, habe ich mich hier als

prakt. Arzt niedergelassen.

Dr. med. M. Zufall,
Karlsruhe, Schoffelstraße 2 (Ecke Kaiserallee).
Telephon 2782.
Sprechstunden: 8^{1/2}—10 V., 2^{1/2}—4 N.

Städt. Rechtsanwaltsstelle (Stadt. Arbeitsamt)
Bähringerstraße 100, Erdgeschoss, erweist mündelbeistellten Personen unentgeltlich Rat und Antragsvorschläge in Sachen des Arbeits- und Dienstvertrags, der Kranken- und Invalidenversicherung, der Vermögensverwaltung, des Mietsrechts, in Willkür-, Steuer- und Staatsangelegenheiten, n. u. Kostenfreie Anfertigung von Schriftsätzen.
Geschäftsstunden: Werktäglich von 9—1 und 3—7 Uhr.
Telephon 629.

Unentbehrlich für jede Familie!

Underberg-Boonekamp

Semper idem,
Fabrikation alleiniges Geheimnis der Firma:
H. UNDERBERG-ALBRECHT
Hoflieferant Seiner Majestät des Kaisers und Königs Wilhelm II.
am Rathhaus in RHEINBERG am Niederrhein.
Gegr. 1846.
Anerkannt bester Bitterlikör!
24 Preis-Medailen!
Man verlange ausschließlich: **Underberg-Boonekamp.**

Divan.
Neue hoch. Kamelhaidebiva mit Hochhaar von 45, 50, 60 Mart an, schöne Stoffdivan 33 M. Große Auswahl, und nur gute, solide, selbstgef. Arbeit unter Garantie. Reiu Baden, daher billige Preise.
R. Köhler, Tapezier,
Schützenstraße 53 II.

Josef Simon,
Eiberg (Baden),
empfehlen als Spezialität:
garantiert echtes
Sirschenwasser.
Flasche M. 2,75.

Lederhandlung Mühlberg.
Großes Lager in Zehleber und Zohlenauschnitt, sowie Schuhmacher-Verdarsartikel.
Eduard Frisch, Rheinstr. 34 b.

